

Kieler Nachrichten

Freitag, 25. November 2011 · Nummer 276 · 47. Woche · 1,30 €



UNABHÄNGIGE LANDESZEITUNG FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN

LESE-TIPPS

Nazi-Glocke löst Empörung aus

Tümlauer-Koog. Die kleine Nordsee-Gemeinde Tümlauer-Koog sorgt für Empörung: Dort hängt eine alte Nazi-Glocke neben einer Gedenkstätte.
Schleswig-Holstein · Seite 14



Stiller Protest: Rund 150 Menschen gedachten in Kiel der Neonazi-Mordopfer
Landeshauptstadt · Seite 21

Briefe
an die Redaktion
Seite 19

Jagd auf Keime im Trinkwasser wird teuer

Kiel. Seit dem 1. November gilt eine neue Trinkwasserverordnung. Die darin verordnete Untersuchung auf Legionellen verursacht erhebliche Mehrkosten.
Schleswig-Holstein · Seite 13



Mit Mut zum Risiko: Ausstellung zum Brockmann Preis in der Stadtgalerie
Kultur · Seite 17

WETTER

Sonne, später Regen
8 bis 11 Grad



INHALT

Wirtschaft5-8
Roman6
Sport9/10
Wetter/Rätsel11
Weltspiegel12
Schleswig-Holstein13-15
Kultur16/17
Tipps und Termine17/18
Kiel20-24
Szenen37
FernsehenLokalteil

SIE ERREICHEN UNS

Kieler Nachrichten 0431/9030
Abo-Service 903666 Fax 9032679
Anzeigen 903555 Fax 9032569
Redaktion Fax 903 2935
KN-online: <http://www.kn-online.de>

Fotos zu den Lese-Tipps:
Peter, Nickolaus



KN-Empfang mit Sportlerelite

Es summt wieder bienenstockgleich im Kieler Schloss: Beim 23. Jahresempfang der Kieler Nachrichten hatten rund 450 Gäste aus dem ganzen Land einiges zu bereden. Neben der Vorstellung der beiden neuen Chefredakteure der Zeitung wurden gestern auch die Kieler Sportler des Jahres geehrt. Die neuen, aber verhinderten Sieger, Angélique Kerber und Christian Zeit, sowie der zweitplatzierte Filip Jicha hatten charmante Vertreterinnen geschickt: Hana Jichowa (vorne, zweite von links) und Jessica Kerber, die Schwester der Tennisspielerin, nahmen die Trophäen entgegen. Steffen Uliczka (links) belegte Platz drei, während bei den Frauen Anke Tiedemann und Rona Schulz (vorne, rechts) die weiteren Podestplätze belegten.
Foto Paesler **Seiten 22 bis 24**

www.kn-online.de
Fotos und mehr finden Sie auch auf www.kn-online.de

Jeder soll sich zur Organspende äußern

Fraktionsspitzen einigen sich auf regelmäßige Befragung

Berlin. Rund 12 000 Kranke warten verzweifelt auf ein Organ – die meisten bisher vergebens. Jetzt könnte eine Neuregelung das Defizit ausbügeln helfen und mehr Bürger als bisher motivieren: Die Bereitschaft der Krankenversicherten zu einer Organspende soll regelmäßig abgefragt werden.

Von Gabi Stief

Der Streit ist beigelegt und die Einigung ist zugleich ein Novum in der jüngeren Parlamentsgeschichte: Wenn demnächst ein Gruppenantrag zur gesetzlichen Neuregelung von Organspenden im Bundestag zur Diskussion steht, wird er die Unterschriften aller Fraktionsspitzen tragen. Und er wird 12 000 Patienten, die in Deutschland auf ein Spenderorgan warten, neue Hoffnung geben: Künftig soll jeder Bürger von seiner Krankenkasse regelmäßig – möglicherweise bei der Zustellung der neuen elektronischen Gesundheitskarte – gefragt werden, ob er bereit wäre, im Fall seines Todes seine Niere, Lunge, Leber oder sein Herz zu spenden. Carola Reimann,

Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, sprach gestern von einem „starken Signal“, das alle Fraktionen setzten. Und auch Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) zeigte sich „sehr zufrieden“. Der Grundsatzbeschluss sieht vor, dass die Spendenbereitschaft regelmäßig abgefragt wird – „mit so viel Nachdruck wie möglich, ohne jedoch eine Antwort zu erzwingen oder Sanktionen auszuüben“. Der Bürger hat also drei Optionen: Er kann zustimmen, ablehnen oder sich gar nicht äußern.

Bislang gilt die Regelung, dass ein Spender einer Organspende ausdrücklich zustimmen muss (Zustimmungslösung). Eine Abfrage gibt es nicht. Liegt kein Spenderausweis vor, müssen die Angehör-

igen den Willen des Verstorbenen nachempfinden und eine Entscheidung treffen. Die gegenwärtige Gesetzeslage führt dazu, dass Deutschland bei der Bereitschaft zur Organspende einen der hinteren Plätze einnimmt. Nach Angaben der Deutschen Stiftung Organtransplantation wurden 2010 bundesweit 5083 Organe transplantiert. Pro Jahr sterben der Stiftung zufolge rund 1000 Patienten, weil nicht rechtzeitig ein Spenderorgan zu haben ist.

In Ländern wie Österreich oder Spanien gilt die Widerspruchslösung. Danach ist jeder automatisch Organspender – es sei denn, er hat sich vor seinem Tod ausdrücklich dagegen ausgesprochen. Die Gesundheitsminister von Hessen und Bayern werben seit Längerem für diese Regelung. Die Entscheidungslösung, die die Fraktionen nun vereinbart haben, soll in einem gesonderten Gesetzesverfahren beschlossen werden. **Kommentar Seite 2**

Kieler Rat stritt über Marinearsenal

Kiel. In der Kieler Ratsversammlung fand sich gestern zwar eine breite politische Mehrheit von SPD, CDU, FDP und SSW dafür, um den Erhalt des Marinearsenals zu kämpfen. Doch zuvor gab es ein Abstimmungswirrwarr über drei Anträge. Dabei grenzten sich die Kooperationspartner SPD und Grüne voneinander ab. **mad Seite 20**



„Curiosity“ fliegt zum Mars

Gibt es doch Spuren von Leben auf dem Mars? Der Roboter „Curiosity“ (Computersimulation) startet morgen zu einer neuen Mission, um auf dem Planeten nach Wasser zu suchen. **Seite 12** Foto dpa

Auftakt zum Grünen-Parteitag in Kiel

Kiel. Ab heute ist Kiel ein bisschen grüner: Die Partei trifft sich zur Bundesdelegiertenkonferenz in der Sparkassen-Arena. Drei Tage lang soll vor allem über die Finanz- und Wirtschaftspolitik sowie die Bekämpfung der Euro-Krise diskutiert werden. Große Personalentscheidungen stehen dagegen nicht auf der Tagesordnung. **pti Seite 2**



Neuer Mann für die „Gorch Fock“

Kapitän zur See Helge Risch soll laut Medienberichten neuer Kommandant der „Gorch Fock“ werden. Der 48-Jährige arbeitet zurzeit für die NATO in den USA. **Seite 21** Foto FB

GSG 9 gelingt weiterer Schlag gegen Neonazis

Mutmaßlicher Helfer der Zelle festgenommen

Berlin. Nach der Mordserie von Neonazis haben Anti-Terror-Spezialisten der GSG 9 gestern in Brandenburg einen zweiten mutmaßlichen Helfer der Zwickauer Zelle festgenommen. Der 32-jährige Andre E. soll laut Bundesanwaltschaft den Propagandafilm hergestellt haben, mit dem sich die Terrorgruppe zu Morden an neun Migranten und einer Polizistin bekannt hatte. Für die Angehörigen der Opfer soll es im Februar eine zentrale Gedenkfeier geben. Das kündigte Bundespräsident Christian Wulff gestern nach Gesprächen mit Hinterbliebenen an. Der Bundespräsident sicherte den Betroffenen eine „würdige Gedenkfeier“ zu, die ein „starkes Signal des Zusammenhalts in der Gesellschaft geben soll“, teilte das Bundespräsidialamt mit. Bis dahin sollen für die Angehörigen Ombudsleute als Ansprechpartner bestellt werden. „Angesichts der Traumatisierungen müssen wir uns der Sorgen und Nöte der Betroffenen schnell und wirkungsvoll annehmen“, betonte Wulff. **dpa Seite 4, Kommentar Seite 2**

Anzeige



Haus & Grund
Eigentümerschutz-Gemeinschaft

Wir suchen 2011 das 11.000ste Mitglied.
Wir freuen uns auf SIE!

- Hauseigentümer
- Wohnungseigentümer
- Vermieter
- Kauf- und Bauwillige

Weitere Infos unter 0431 6636-123
www.haus-und-grund-kiel.de